Der Landrat

Beratungsergebnis

der 3. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 22.02.2021

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

14. Verabschiedung des Haushaltes und der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 mit Stellenplan

14.1 Verteilung von kostenlosen FFP2-Masken an die Einwohnerinnen und Einwohner des Kreises
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2021 - DS-Nr.: 5357 -

Die SPD-Fraktion warb eingangs um Zustimmung für ihren Antrag, indem sie auf das Beispiel der Hansestadt Bremen hinwies, die allen Einwohnerinnen und Einwohnern über 15 Jahren fünf kostenlose FFP2-Masken zugesandt habe. Damit es nach dem aktuellen dritten Lockdown nicht zu einem vierten komme, müsse der Kreis hier auch mehr tun, als das Land NRW aufgebe. Es gehe ihr darum, neben den bisherigen, von Bund und Land vorgegebenen Maßnahmen neue Wege zu gehen, zumal nach dem Hochfahren des Schulbetriebs und der verstärkten ÖPNV-Nutzung wieder mit steigenden Infektionszahlen zu rechnen sei. Neben dem Infektionsschutz werde damit auch die beste Form der Wirtschaftsförderung betrieben, weil die Maßnahme dem Handel, der Gastronomie und der Sicherstellung des Kita- und Schulbesuchs durch die Kinder und Jugendlichen zugutekomme.

Nachdem der Landrat geäußert hatte, dass er im Kreisgebiet kein Defizit in der Ausstattung mit FFP2-Masken erkennen könne, hielt die GRÜNE-Fraktion der SPD-Fraktion entgegen, dass sie gegen eine Verteilung kostenloser FFP2-Masken sei, weil damit auch Einwohnerinnen und Einwohner bedacht würden, die sich diese Masken leisten könnten; gleichzeitig werde beispielsweise der Bedarf von SGB-II-Empfängern durch das Jobcenter oder der über 60jährigen durch den zugesandten Gutschein befriedigt. Da Bund und Land den Gebrauch dieser Masken vorgegeben hätten, seien diese und nicht der Kreis in der Pflicht. Gleiches gelte für die erforderliche Verteillogistik. Ferner sei die Auffassung der SPD-Fraktion, der Kreishaushalt werde nicht belastet, falsch, da die benannte Beschaffungssumme von 2,3 Mio. € selbst bei einer Verschiebung spätestens ab 2025 den Kreishaushalt belaste.

Die CDU-Fraktion billigte der SPD-Fraktion zu, dass man selbstverständlich über neue Maßnahmen nachdenken könne. Der vorliegende Antrag führe jedoch dazu, dass dann eine große Zahl an Einwohnerinnen und Einwohnern kostenlose Masken erhielten, die sich diese aber selbst leisten könnten. Auch führe dies zu einer Belastung des Kreishaushaltes, obwohl der Kreis dafür nicht zuständig sei. Nach ihren Feststellungen verfüge ein sehr großer Teil der Menschen bereits über FFP2-Masken; Bedürftige erhielten sie auf den zuvor beschriebenen Wegen.

Die FDP-Fraktion schloss sich dem an und wies die SPD-Fraktion darauf hin, dass die anderen Fraktionen den Antrag nicht unbegründet ablehnten; entsprechende Argumente seien genannt worden. Es sei

nicht erforderlich, Menschen mit aus Steuermitteln finanzierten Masken zu beglücken, die es finanziell nicht nötig hätten.

Nachdem die CDU-Fraktion verdeutlicht hatte, dass es nicht darum gehe, der SPD-Fraktion durch die Annahme ihres Antrages Freude zu bereiten, sondern sachorientierte Politik zu betreiben, entgegnete die SPD-Fraktion, dass es nicht die vordringliche Zielrichtung ihres Antrages sei, den Menschen die FFP2-Masken kostenlos bereitzustellen, sondern dadurch einen zusätzlichen Beitrag zum Infektionsschutz zu leisten und dessen Akzeptanz zu erhöhen.

Die GRÜNE-Fraktion erläuterte, dass die FFP2-Masken eigentlich Einwegmasken für eine Nutzungsdauer von maximal acht Stunden seien und die beantragte Beschaffung gerade den Bedarf für ein bis zwei Wochen decke. Daneben würden solche Masken schon seit Wochen von der Bevölkerung verwendet.

Dem hielt die SPD-Fraktion entgegen, dass die FFP2-Masken keine Einwegartikel seien, sondern bei richtiger Verwendung mit Wechsel und Lagerung durchaus auch mehrere Wochen genutzt werden könnten. Für die nächsten Wochen gelte es, sich weiterhin mit der grundsätzlichen Frage zu befassen, was man im Sinne des Infektionsschutzes auf örtlicher Ebene mehr leisten könne.

Danach ließ der Landrat über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Ergebnis: Abgelehnt (3 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen)